

Anforderungsgerecht und harmonisiert

Autor(en): Pierre Felder
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2009

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/9c2ddb0d-74b2-49e5-be49-56324e86dc38>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Anforderungsgerecht und harmonisiert

Die Neugestaltung der Volksschule in Basel-Stadt und in der Region

Pierre Felder

Eine doppelte Herausforderung

Früher war die Schule noch ganz anders. Dieses Gefühl stellt sich bei vielen Erwachsenen ein, wenn sie viele Jahre nach Abschluss der eigenen Schulzeit wieder mit Schulen in Berührung kommen. Der Eindruck trügt nicht. Die Schulen sehen sich vor allem in den letzten Jahren mit völlig neuen Anforderungen konfrontiert, die grosse Anpassungsleistungen erfordern. Der Anteil der jungen Menschen, die ihre Schulkarriere mit einem höheren Ausbildungsabschluss beenden wollen, hat sich vervielfacht. Wer sich in der globalisierten und beschleunigten Lebens- und Arbeitswelt behaupten will, muss qualifiziert und imstande sein, sein Wissen laufend zu aktualisieren. Gleichzeitig haben sich aber die Bedingungen, unter denen die Lehrpersonen ihre Arbeit verrichten, erschwert, weil die Schülerinnen und Schüler in unseren Klassen von ihrem Können und von ihrer sozialen und sprachlich-kulturellen Herkunft her so unterschiedlich sind, dass sie immer individueller unterrichtet werden müssen. So kann im Durchschnitt ein Drittel der Kinder, die in eine erste Primarklasse kommen, schon lesen, während ein anderes Drittel grosse Defizite im Wortschatz hat. Diese doppelte Herausforderung besteht in der ganzen Schweiz, ist aber in unserem Stadtkanton mit seinen vielen Arbeitsplätzen in grossen forschungsorientierten Exportunternehmen und mit seiner hochmobilen und heterogenen Bevölkerung drastischer als anderswo.

Den Ansprüchen kann die Volksschule gerecht werden, wenn es den Leitungen und den Lehrpersonen an den einzelnen Standorten gelingt, ihre Schule und ihren Unterricht entsprechend den Bedürfnissen zu entwickeln. Dafür brauchen sie günstige und praxistaugliche Rahmenbedingungen und Leitlinien, mit denen gewährleistet werden kann, dass die Schullaufbahnen vom Kindergarten bis zum Schulabschluss ohne Brüche verlaufen und dass an allen Schulen abgestimmte Anforderungen und gute Bildungschancen bestehen. Auf sich allein gestellt, ist ein einzelner Kanton mit dieser umfassenden Aufgabe überfordert. Die Festlegung von Bildungsstandards und Lehrplänen, die Bereitstellung

von Lehrmitteln und die Ausbildung der Lehrpersonen müssen die Kantone gemeinsam angehen. Sie können aber erst dann erfolgreich zusammenwirken, wenn die kantonalen Schulsysteme harmonisiert, das heisst aufeinander abgestimmt sind. Die Harmonisierung der Schulen hat ausserdem den Vorteil, dass Familien mit Schulkindern ohne Benachteiligung beim Schulwechsel in einen anderen Kanton umziehen können.

2006 haben die Stimmberechtigten in der Schweiz einer Revision der Bundesverfassung, die die Kantone im Bildungswesen zur Kooperation und zur Vereinheitlichung verpflichtet, mit einer Mehrheit von 86 Prozent zugestimmt. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat kurz darauf ein Konkordat zur Harmonisierung der Volksschule beschlossen, das sogenannte HarmoS-Konkordat, und eines zur Koordination der Sonderpädagogik, die entsprechend der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ganz in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Die Ausgangslage

Als Basel-Stadt 1988 die Orientierungsschule schuf, um die Bildungschancen der Benachteiligten zu verbessern, nahm man in Kauf, dass der Kanton in der Nordwestschweiz vollends zur Schulinsel wird. Heute behindert die Inselstellung die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und die Mobilität der Familien in den beiden Basel. Das kantonale Schulsystem benachteiligt zudem die Jugendlichen auf dem Berufsbildungsweg, indem es ihnen einen zusätzlichen Schulwechsel und eine allzu kurze Schulstufe zumutet. Eine Konsequenz davon ist, dass Basel-Stadt zwar eine der höchsten gymnasialen Maturitätsquoten hat, aber gleichzeitig die schweizweit tiefste Quote bei den Berufsmaturanden. Schliesslich wirkt sich die polarisierte Schulreformdebatte von 1988 bis heute nachteilig auf das Ansehen der Schulen aus.

Der Bildungsraum Nordwestschweiz

In der Nordwestschweiz ist über die Grenzen der vier Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn hinaus ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum gewachsen. Die Kantone versuchen, dieser Entwicklung durch vermehrte Kooperation und durch untereinander abgeschlossene Verträge Rechnung zu tragen. Ermutigt durch die guten Erfahrungen mit der gemeinsamen Fachhochschule haben die vier Regierungen einen gemeinsamen Bildungsraum vereinbart mit dem Ziel, die beiden Konkordate der Erziehungsdirektorenkonferenz umzusetzen und die Schulen der Nordwestschweiz gemeinsam zu entwickeln. Die Aufgabe ist anspruchsvoll, die Ausgangslage schwierig, weil die Schulen in keiner anderen Region so unterschiedlich organisiert sind. Die Primarschule dauert in Basel-Stadt vier, im Baselbiet und im Aargau fünf und im Kanton Solothurn sechs Jahre; ebenso unterschiedlich ist die Gestaltung der anschliessenden Stufen in den vier Kantonen.

Konsequenzen des Echos aus Schulen und Öffentlichkeit

Im ersten Halbjahr 2009 befragten die Partnerkantone des Bildungsraums mit Ausnahme des Aargaus ihre Anspruchsgruppen zur geplanten Kooperation in einer Vernehmlassung. Auf sehr viel Resonanz stiessen die geplante Kooperation und das gemeinsame pädagogische Programm. Widersprüchlich beurteilt wurden der Abschluss eines Staatsvertrags und der Vorschlag, die Schuleingangsphase nicht mehr als Kindergarten, sondern flächendeckend als Basisstufe von vier Jahren zu gestalten, mit altersgemischten Klassen, die einen flexiblen und sanften Übergang zwischen dem spielerischen und dem systematischen Lernen ermöglichen und in denen die Kinder je nach Entwicklungstempo drei bis fünf Jahre verweilen. Bei einem Urnengang im Kanton Aargau lehnten die Stimmberechtigten die Basisstufe, die Neugestaltung der Sekundarstufe I und die Einführung von Tagesstrukturen ab.

Daraufhin haben sich die vier Regierungen für folgendes Vorgehen entschieden: An der gemeinsamen Gestaltung der Schulen im Bildungsraum wird festgehalten, auf einen Staatsvertrag wird aber vorderhand verzichtet. Insbesondere beschloss man die gemeinsame Umsetzung des deutschschweizerischen Lehrplans mit Koordination der Lehrmittel, die Einführung eines gemeinsamen Abschlusszertifikats für alle Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit sowie die Durchführung von Leistungstests mit einer einheitlichen Aufgabensammlung. Ein weiteres gemeinsames Ziel ist die umfassende Unterstützung der Lehrpersonen bei der Verwirklichung der integrativen Volksschule. Ihre Elemente werden an einzelnen Schulen auf ihre Praxistauglichkeit geprüft und schrittweise umgesetzt. Die Volksschulen sind gemäss eidgenössischem Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet, alle Kinder aufzunehmen. Kinder mit Behinderungen oder anderen besonderen Bedürfnissen werden wenn möglich in den Regelklassen und wenn nötig separativ geschult. Das setzt entsprechende Förderangebote und Ressourcen voraus. Schliesslich bietet der Bildungsraum Gemeinden und Schulen Hilfe beim Aufbau von Tagesstrukturen. Anders als geplant wird auf die flächendeckende Einführung der Basisstufe verzichtet. Der Beitritt zu den beiden Konkordaten erfolgt in den Kantonen nach deren eigenem Fahrplan.

Der Weg zum Ziel

Die beiden Basel und der Kanton Solothurn sollen den beiden Konkordaten 2010 beitreten. Gleichzeitig werden der Baselbieter Landrat und der Grosse Rat Basel-Stadt über die Einführung einer für beide Kantone gleichen und harmonisierten Schulstruktur befinden. Auf eine achtjährige Primarstufe mit Kindergarten soll eine Sekundarschule von drei Jahren mit drei durchlässigen Leistungszügen folgen, ähnlich dem heutigen Baselbieter Modell. Am Ende der obligatorischen Schulzeit von regulär elf Jahren treten die Jugendlichen gleichzeitig in die Berufsbildung, in die Gymnasien oder die Fachmaturitätsschule über. Das Gymnasium führt in vier Jahren zur Maturität. Die Schulzeit wird

so gestaltet, dass die Kinder die Schulstufen soweit wie möglich in individuellem Tempo durchlaufen können. An einzelnen Standorten werden deshalb Erfahrungen mit altersgemischtem Lernen gesammelt.

In der Vorlage an den Grossen Rat werden drei unabhängige Beschlüsse beantragt: der Beitritt zum Konkordat HarmoS, der Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik und eine Änderung des Schulgesetzes mit Anpassung der Schulstruktur. Gegen alle drei Beschlüsse kann das Referendum ergriffen werden. Der Strukturwandel beginnt im Schuljahr 2013. Der Regierungsrat hat die Vorlage aufs Wesentliche reduziert und so einfach und verständlich wie möglich gestaltet. Dank der Berücksichtigung der Ergebnisse der vorangegangenen Konsultationen besteht eine sehr gute Chance, dass die Reform in Schulen und Öffentlichkeit auf optimale Akzeptanz stösst. Um erfolgreich zu sein, brauchen die Schulen das Vertrauen der Öffentlichkeit. Wenn alles gut geht, werden die beiden Basel bald über eine gemeinsame Schulstruktur verfügen, die gesamtschweizerisch harmonisiert ist, den Herausforderungen gerecht wird und mit den Partnern im Bildungsraum Nordwestschweiz gestaltet und erneuert wird.